

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Amesbauer, Dr. Belakowitsch
und weiterer Abgeordneter
betreffend illegale Grenzübertritte von Wirtschaftsmigranten abstellen und die Kosten
für das Fremdenwesen senken

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 4, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1034 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2022 (Bundesfinanzgesetz 2022 – BFG 2022) samt Anlagen (1157 d.B.), Untergliederung 11,^{1P} Inneres, in der 129. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 17. November 2021

Die Auszahlungen der UG 18 sind im BVA-E 2022 mit 347,4 Mio. € veranschlagt. Die Mittel der UG 18 werden primär zur Finanzierung des Asylsystems, also der Führung der erstinstanzlichen Asylverfahren sowie der im Wege der Grundversorgung zu betreuenden Asylwerberinnen und Asylwerber und sonstigen Anspruchsberechtigten im Sinn der Art. 15a-Grundversorgungsvereinbarung eingesetzt. Dies umfasst auch die Förderungsgebarung im Asyl- und Migrationsbereich für Projekte im In- und Ausland.

Österreich gehört zurzeit wieder zu den von Migration am meisten betroffenen EU-Staaten. Schaut man sich an, wo Flüchtlinge und Asylwerber leben und legt das auf die Größe der Bevölkerung um, ist das Ergebnis wie folgt: An der EU-Spitze liegen die beiden kleinen Inselstaaten Zypern und Malta, die aber schwer mit Resteuropa vergleichbar sind. Gleich dahinter folgen Schweden (25,7 je 1000 Einwohner), Österreich (18,2) und Deutschland (17,5). Selbst Griechenland, das an einer „heißen“ EU-Außengrenze liegt, kommt nur auf 15,4 Flüchtlinge je 1000 Einwohner. In Frankreich leben – auf die Bevölkerungszahl umgelegt – gerade einmal halb so viele Flüchtlinge und Asylwerber wie in Deutschland. Und dies verursacht steigende Budgetkosten.

Die Kronenzeitung online vom 06.10.2021 berichtete:

„Asyl: Mehr Geld für Grundversorgung in Ländern

Wie wird das Budget für das Jahr 2022 aussehen? Dieses Geheimnis lüftet Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) heute in einer Woche bei seiner Budgetrede. Schon jetzt sickern Details durch. Die steigende Zahl an Asylanträgen schlägt sich auch budgetär nieder. So sollen die Bundesländer laut Budgetplänen 22 Millionen Euro mehr für die Grundversorgung von Asylwerbern bekommen.

So wenige Asylwerber wie nötig aufnehmen, so viele wie möglich abschieben - das ist das Motto der ÖVP. Im Budget, der in Zahlen gegossenen Politik, spiegelt sich das nicht ganz wider: Laut einem der „Krone“ vorliegenden Papier zum Budget für Fremdenwesen ist geplant, dass nächstes Jahr 22 Millionen Euro mehr an die Bundesländer für die Grundversorgung von Asylwerbern fließen.

Weniger Geld für Abschiebungen

Außerdem ist budgetiert, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex, die die Rückführung von abgelehnten Asylwerbern abwickelt, Österreich fünf Millionen Euro weniger für Abschiebungen refundiert. Sollte Österreich letztlich höhere Kosten für Abschiebungen haben, wird mehr Geld rückerstattet.

Unterm Strich bedeutet das, dass die Ausgaben für Asylwerber gegenüber bisherigen Budgetplänen nach oben korrigiert werden. Offenbar rechnet die türkis-grüne Regierung damit, dass auch im nächsten Jahr die Zahl der Asylanträge steigt und weniger Rückführungen durchgeführt werden können.“

Diese geplante Budgetaufstockung für die Grundversorgung von Asylwerbern für die Bundesländer ist das Resultat der völlig fehlgeleiteten türkis-grünen Asylpolitik. Ex-ÖVP-Kanzler Kurz und ÖVP-Innenminister Nehammer gießen ihr politisches Versagen nun in Zahlen. Mit diesen Millionen für die Unterbringung von Asylwerbern bekommen die Österreicher nun schwarz auf weiß, was ÖVP und Grüne in der Asyl- und Migrationspolitik wirklich vorhaben: Sie machen Österreich wieder zu einer der ersten Adressen für die illegale Einwanderung.

Diese zusätzlichen Finanzmittel sind die Folge der total gescheiterten Grenzsicherung. Es geht nicht darum illegale Migration besser zu verwalten, sondern zu verhindern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, nicht mehr nur Ankündigungspolitik zu betreiben und die illegale Zuwanderung nur zu verwalten, sondern endlich durch eine effektive Grenzsicherung die illegalen Grenzübertritte von Wirtschaftsmigranten abzustellen und so die Kosten für das Fremdenwesen in UG 18 zu senken.“



